



Der Dschungel ruft wieder

Diese Stars hat RTL in die beliebte Ekel-Show gelockt. *Seite 16*

Ist Koblenz für die Krisen der heutigen Zeit ausreichend gewappnet?

CDU-Podium diskutiert. *Seite 17*



billi & friends
DAS WOHNKAUFHAUS

Spitalsgraben 7
Gewerbepark Mülheim-Kärlich
Mo. - Sa. 10:00 - 19:00 Uhr

FREITAG, 23. JANUAR 2026 | 81. JAHRG. | NR. 19

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG - SEIT 1946

5912 | B0 | KOBLENZ | 3,60 EURO

Aus Löff auf den Weltmarkt

Wie Canyon groß wurde

■ **Koblenz.** Canyon steckt in der Krise: Der Koblenzer Fahrradhersteller muss Personal abbauen, den Großteil davon am Stammsitz. Ist er zu schnell zu groß geworden? Nach bescheidenen Anfängen in einer Garage in Löff an der Mosel eroberte das Unternehmen die (Rad-sport-)Welt. Wir beleuchten, wie Roman Arnold das Unternehmen aufbaute und groß machte. *red*

Foto: Marco Freudenreich/
Canyon Bicycles

Mehr auf Rheinland-Pfalz, Seite 3



Kompakt

Mercosur: Grüne Eder kritisiert eigene Partei

■ **Rheinland-Pfalz.** Die grüne Spitzenkandidatin für die RLP-Landtagswahl, Katrin Eder, hat das Abstimmungsverhalten auch vieler Grünen-Parlamentarier im EU-Parlament zum Mercosur-Abkommen scharf kritisiert. Sie halte die Entscheidung für einen Fehler, sagte die Mainzer Umweltministerin. Bei der Abstimmung votierten zahlreiche Abgeordnete der deutschen Grünen mit Rechts- und Linksaußen-Parteien für die Überprüfung des Abkommens.

Mehr auf Forum, Seite 6

UN-Investitionsbilanz: 30 zu 1 gegen die Natur

■ **Nairobi.** Für jeden Dollar, der weltweit in den Naturschutz fließt, werden derzeit etwa 30 Dollar in Vorhaben investiert, bei denen Natur zerstört wird. Das geht aus dem neuen Bericht des UN-Umweltprogramms (Unep) hervor. „Wenn man den Geldflüssen folgt, erkennt man das Ausmaß der Herausforderung, vor der wir stehen. Wir können entweder in die Zerstörung der Natur investieren oder ihre Wiederherstellung vorantreiben – einen Mittelweg gibt es nicht“, sagte Unep-Exekutivdirektorin Inger Andersen. Demnach wurden 2023 fast 220 Milliarden Dollar für Naturschutzmaßnahmen investiert. Dies sei eine geringe Summe, verglichen mit Subventionen in Höhe von 2,4 Billionen Dollar für umweltschädliche Maßnahmen. *dpa*

Die gute Nachricht

Ein Roboterhund soll Pflegekräfte entlasten

Wie kann ein Roboterhund Ärzte und Pflegekräfte bei der Arbeit entlasten? Das testet das Uniklinikum in Würzburg in den nächsten drei Jahren. „HELIA“ – kurz für „Helfender Roboter im Klinikalltag“ – soll etwa bei Visiten mitlaufen, Protokolle anfertigen, Befunde dokumentieren und diese ins Krankenhaussystem übertragen. Dazu solle er von autorisierten Personen mündliche Befehle bekommen und ausführen. Der Roboterhund kann aber auch selbst Daten erheben, Wunden fotografieren oder Vitalwerte messen. Zudem soll er auch noch die Patienten zu Terminen begleiten. *kna*

Foto: Kim Sammet/UKW



„Ein neues Zeitalter hat bereits begonnen“

Kanzler Merz fordert: Europa muss sich für neue Ära der Großmachtpolitik rüsten – Das ist über den Grönland-Deal bekannt

Von den dpa-Korrespondentinnen und den dpa-Korrespondenten

■ **Davos.** Kanzler Friedrich Merz (CDU) hat die europäischen Verbündeten eindringlich aufgefordert, sich für eine neue Ära der Großmachtpolitik zu rüsten. „Ein neues Zeitalter hat bereits begonnen“, sagte er in seiner Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. „Die neue Welt der großen Mächte ist auf Macht, Stärke und – wenn nötig – auch Gewalt („force“) gegründet. Sie ist kein kuscheliger Ort.“ Der Kanzler forderte die Europäer auf, ihre Verteidigungsfähigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, um in diesem neuen Zeitalter bestehen zu können.

Die Rede des Kanzlers erinnert an die Zeitenwende-Rede, in der der damalige Kanzler Olaf Scholz 2022 im Bundestag den epochalen Umbruch nach dem russischen Angriff auf die Ukraine beschrieb. Auch Merz sagte, Russlands Angriff auf die Ukraine habe eine neue Ära eingeleitet, die aber über diesen Aggressionskrieg hinaus und viel weiter gehe. China habe es in die Reihen der Großmächte geschafft. Die USA fühlten sich in ihrer Vormachtstellung herausgefordert und veränderten ihre Außen- und Sicherheitspolitik drastisch. „Um zu bestehen, müssen wir uns mit einer harschen Realität auseinandersetzen und den Kurs mit klarem Realismus bestimmen“, forderte der Bundeskanzler.

Er rief die europäischen Verbündeten dazu auf, der Idee einer neuen von Großmächten bestimmten und auf dem Recht des Stärkeren beruhenden Weltordnung entgegenzutreten. „Eine Welt, in der nur Macht zählt, ist ein gefährlicher Ort“, sagte er. Das gelte „erst für kleine Staaten, dann für die mittleren Mächte, und letztlich für die großen“. Die größte Stärke entstehe aus der Fähigkeit, Partnerschaften und Allianzen zu bilden, die auf gegenseitigem Vertrauen und Respekt aufbauten, betonte Merz. Er hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Nato hervor, um deren mögliches Ende im Fall einer Vereinnahmung Grönlands durch die USA es in den vergangenen Wochen wilde Spekulationen gab.

Nur wenige Stunden vor der Rede des Kanzlers in Davos vollzog US-Präsident Donald Trump dies-

bezüglich eine überraschende Wende. Er sprach nach einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Mark Rutte von einer Rahmenvereinbarung für die Zukunft Grönlands und die gesamte Arktisregion und nahm seine Drohung mit Strafzöllen gegen Deutschland und andere europäische Länder zurück.

Merz reagierte darauf zwar wohlwollend, blieb aber vorsichtig und sprach nur von „Schritten in die richtige Richtung“. Vorsorglich drohte er Trump mit Gegenmaßnahmen für den Fall, dass der es sich doch noch anders überlegt. „Neue Zölle würden die Fundamente der transatlantischen Beziehungen untergraben. Wenn sie umgesetzt würden, wäre Europas Antwort geschlossen, ruhig, angemessen und stark.“ Tatsächlich bleibt es im EU-Parlament vorerst bei dem Umsetzungsstopp des 2025 vereinbarten Zollabkommens mit den USA. Wie es mit dem Abkom-

men weitergehe, könne man erst beurteilen, wenn es Details zu der von Trump angekündigten Rahmenvereinbarung über Grönland und die Arktisregion gebe.

Vom Trump-Rutte-Deal sind bisher nur Fragmente durchgesickert: Er soll ein stärkeres Engagement der europäischen Nato-Staaten im arktischen Raum beinhalten. Zudem sollen die USA ein Mitspracherecht bei Investitionsvorhaben aus anderen Ländern in Grönland erhalten.

Zentrales Element ist laut Bündniskreisen aber, dass das bisherige Abkommen über die Stationierung von Streitkräften auf Grönland neu ausgearbeitet werden und das geplante US-Raketenabwehrsystem „Golden Dome“ berücksichtigt soll, das Trump auf der weltgrößten Insel errichten will. In diesem Zuge könnten die USA theoretisch auch die Souveränität über bestimmte Gebiete Grönlands bekommen, um

Militärstützpunkte einrichten zu können. Als eine mögliche Blaupause gelten die britischen Militärstützpunkte in Zypern. Sie machen etwa 3 Prozent des zyprischen Territoriums aus, werden vom Verteidigungsministerium in London verwaltet und haben eine eigene Polizei und Justiz. Für die Briten war der Verbleib der Stützpunkte Bedingung dafür, dass sie Zypern 1960 nach langen Jahren der Kolonialherrschaft in die Unabhängigkeit entließen.

Das Hauptproblem am Trump-Rutte-Deal ist, dass weder Grönland noch Dänemark mit am Tisch saßen. Die dänische Regierungschefin Mette Frederiksen betonte prompt, dass der Nato-Chef kein Verhandlungsmandat habe. Ihr Land sei nach wie vor nicht bereit, Souveränität abzugeben. „Unsere roten Linien sind dieselben, die sie schon immer waren und auch weiterhin bleiben werden. Die Zukunft Grönlands muss von Grönland selbst definiert werden. Und Grönland ist ein Teil von Dänemark.“ Das klingt in etwa so, wie das, was die europäischen Verbündeten stets über den Ukraine-Konflikt sagen: Es dürfe nicht über die Köpfe der Ukrainer hinweg entschieden werden. Es dürften schwierige Verhandlungen bevorstehen.

Kommentar auf Forum, Seite 6
Mehr auf Politik, Seite 7

Trilateraler Gipfel geplant: Vertreter der USA, der Ukraine und Russlands wollen verhandeln

Vertreter der USA, der Ukraine und Russlands wollen in den Vereinigten Arabischen Emiraten über ein mögliches Kriegsende verhandeln. Das sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nach einem Treffen mit US-Präsident Donald Trump beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Die Gespräche auf Ex-

pertenebene sollten schon am Freitag und Samstag stattfinden. Trumps Sondergesandter Steve Witkoff wollte am Abend zunächst nach Moskau fliegen, um mit Russlands Präsident Wladimir Putin zu sprechen. Selenskyj sprach von einem ersten trilateralen Treffen, schraubte aber die Erwartungen

zurück. Es sei eine Überraschung der Amerikaner. „Ich hoffe, dass die Emirate Bescheid wissen.“ Trotzdem sei es wichtig zu sehen, ob Russland zu Kompromissen bereit sei. Direkte offizielle Treffen zwischen beiden Kriegsparteien hat es seit mehreren Monaten nicht mehr gegeben, zuletzt in Istanbul. *dpa*

INHALTSVERZEICHNIS

Wirtschaft	8/9
Leben	10
Kultur	11/12
TV-Programm	14
Intermezzo: Roman, Horoskop	28

DIGITALES

www.rhein-zeitung.de
www.facebook.com/rheinzeitung
www.instagram.com/rheinzeitung

WIR FÜR SIE

Abo/Zustellung Tel: 0261/9836 2000
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003



4 190591 203600

Pflegeheimkosten steigen: Scharfe Kritik am Land

Eigenanteil steigt auch in Rheinland-Pfalz erneut erheblich – Kassen und Patientenschutz fordern Entlastung von der Ampelregierung

■ **Rheinland-Pfalz/Berlin.** Pflegeheimbewohner müssen in Rheinland-Pfalz erneut mehr bezahlen. Zum 1. Januar mussten sie durchschnittlich 3222 Euro pro Monat im ersten Jahr berappen, bundesweit sind es 3245 Euro. Laut Ersatzkassenverband waren das 171 Euro monatlich mehr als zum 1. Juli 2025 – und sogar 219 Euro mehr als Anfang 2025. In den Summen ist zum einen der Eigenanteil für die reine Pflege und Betreuung enthalten – die Pflegeversicherung

trägt nur einen Teil der Kosten. Für Heimbewohner kommen Zahlungen für Unterkunft und Verpflegung, Investitionen in den Einrichtungen und Umlagen für Ausbildungskosten hinzu. Bei längerer Aufenthaltsdauer wachse der Zuschuss der Pflegekassen, damit sinke der Eigenbeitrag. Im zweiten Aufenthaltsjahr betrage er im Durchschnitt monatlich 2967 Euro, im dritten Aufenthaltsjahr 2626 Euro. Ab dem vierten Jahr stieg die Zahlung aus eigener Tasche zum

Jahresbeginn in Rheinland-Pfalz im Schnitt auf 2200 Euro – 144 Euro mehr als im Bundesschnitt und 110 Euro mehr als 2025 in RLP.

Hauptkostentreiber sind laut Verband die Personalkosten in der Pflege. „Es ist richtig, dass das Pflegepersonal gut bezahlt wird. Aber es kann nicht sein, dass die Lohnsteigerungen zu einem großen Teil den Pflegebedürftigen aufgebürdet werden. Hier braucht es endlich eine solidarische Lösung“, forderte Martin Schneider, Leiter des VDEK

Rheinland-Pfalz. Er betonte, dass die Pflegebedürftigen auch für Investitions- und Ausbildungskosten bezahlen müssten. „Wir fordern die Bundesländer auf, diese Kosten endlich zu übernehmen.“ Würde das Land die Kosten für Investitionen übernehmen, brächte das eine Ersparnis von 506 Euro im Monat für jeden Heimbewohner. Die Übernahme der Ausbildungskosten würde die Pflegebedürftigen im ersten Aufenthaltsjahr um weitere 123 Euro im Monat entlasten.

Eugen Brysch, Vorstand der Deutsche Stiftung Patientenschutz schlägt Alarm: „Die unkontrolliert davongaloppierenden Eigenanteile schnüren den rund 35.000 Pflegeheimbewohnern in Rheinland-Pfalz die Luft ab. Die Landesregierung darf sich bei der Finanzierungspflicht nicht länger aus der Verantwortung stehlen. Die Ausbildungs- und Investitionskosten müssen vollständig getragen werden.“ *dpa/epd*

Mehr auf Leben, Seite 10